

OECD *Multilingual Summaries* Economic Policy Reforms 2016 Going for Growth Interim Report

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter: [10.1787/growth-2016-en](https://doi.org/10.1787/growth-2016-en)

Reformen der Wirtschaftspolitik 2016 Going for Growth Zwischenbericht

Zusammenfassung in Deutsch

Die weltweiten Wachstumsaussichten bleiben kurzfristig trübe: Die Schwellenländer verlieren an Schwung, der Welthandel lässt nach und die Erholung in den Industrieländern wird von anhaltend schwachen Investitionen gelähmt. Diese kurzfristigen Sorgen entstehen vor dem Hintergrund einer allgemeinen Verlangsamung der Produktivitätssteigerungen, wobei der Abwärtstrend schon kurz nach der Jahrtausendwende begann und – zumindest in den Industrieländern – mit wenig Anzeichen für eine Trendwende anhält. Die Verlangsamung des Wachstums, die in den vergangenen Jahren in den Schwellenländern zu beobachten war, lässt auch Fragen nach ihrer Fähigkeit aufkommen, ihren Einkommensrückstand gegenüber den am meisten fortgeschrittenen Ländern weiter aufzuholen. Strukturreformen, kombiniert mit einer stützenden Nachfragepolitik, werden weiterhin dringend benötigt, um die Produktivität und die Stellenschaffung, die die Gleichheit verbessern können, nachhaltig zu fördern.

Going for Growth bietet eine umfassende Einschätzung, um Regierungen beim Nachdenken darüber zu unterstützen, wie politische Reformen sich auf die Lebensqualität ihrer Bürger auswirken können, und dabei, Maßnahmenpakete zu schnüren, die ihre Ziele am besten erfüllen. Der Going for Growth-Rahmen ist hilfreich, um die G20-Länder dabei zu unterstützen, ihre Bemühungen zur Erfüllung der 2014 abgegebenen Zusage, ihr gemeinsames Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2% zu steigern und ihre Wachstumsstrategien dementsprechend anzupassen, zu überwachen.

Dieser Zwischenbericht sieht sich die wichtigsten Wachstumshindernisse an, denen OECD- und ausgewählte Nicht-OECD-Länder gegenüberstehen, und analysiert den Fortschritt über in etwa das letzte Jahr bei der Verabschiedung politischer Strukturreformen, um diese zu überwinden (Kapitel 1). Dies wird im Lichte der Dringlichkeit länderspezifischer Prioritäten untersucht, die in der Ausgabe von Going for Growth 2015 identifiziert wurden. Die potenziellen Auswirkungen wachstumsfördernder Reformen auf Inklusivität und die Schaffung eines neuen makroökonomischen Gleichgewichts werden ebenfalls beleuchtet, mit einem Fokus auf der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, dem Abbau von Ungleichgewichten in der Leistungsbilanz und der Verringerung der Einkommensungleichheit.

Der Bericht betrachtet auch die Probleme und verfügbaren Fakten zu den Auswirkungen von Reformen, die in einem Kontext anhaltend schwacher Nachfrage umgesetzt werden, sowie in verschiedenen Fällen bezüglich der Verfügbarkeit oder Wirksamkeit makroökonomischer politischer Maßnahmen zur Unterstützung der Reformen (Kapitel 2). Und zum Schluss liefert der Bericht eine Bewertung der Verbindung zwischen durch das BIP generiertem Einkommen und an die Haushalte verteiltem Einkommen (Kapitel 3). Insbesondere wird untersucht, wie sich die wichtigsten Kanäle, über die das BIP-Wachstum an die Haushalte weitergeleitet wird, in den letzten zwei Jahrzehnten in den OECD-Ländern entwickelt haben.

Herausforderungen, die politische Reformen erfordern

- Beim Ausarbeiten von Reformstrategien, um die Lebensqualität der Mehrheit der Bürger nachhaltig zu verbessern, müssen Regierungen in der ganzen Welt grundlegende strukturelle Schwächen

angehen, die die Krise aufgedeckt hat, aber die in vielen Fällen schon deutlich früher entstanden sind.

- Das weltweite Nachlassen der Produktivitätssteigerungen ist von einer Zunahme der Unterschiede bei den Produktivitätssteigerungen zwischen den Unternehmen innerhalb einer Branche gekennzeichnet, insbesondere zwischen Vorreiterunternehmen – im Wesentlichen internationalen Unternehmen, die stetige Produktivitätssteigerungen verzeichnen – und allen anderen Unternehmen, die im oberen Produktivitätsbereich arbeiten. Die Beseitigung von Hindernissen, die das Unternehmertum ersticken und die Fähigkeit von Unternehmen zur optimalen Nutzung von Knowhow und technologischer Verbreitung beschränken, ist eine Reformpriorität.
- Die Verringerung der Arbeitslosigkeit stellt für viele Länder weiterhin eine große Herausforderung dar, insbesondere für süd- und mitteleuropäische Länder, in denen die Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin besonders hoch liegt. Andere Länder sehen sich relativ hohen Raten von Erwerbsaustritten (z.B. Vereinigte Staaten), geringen Erwerbsquoten von Frauen (Korea und Japan) oder häufigem Auftreten informeller Beschäftigung (die meisten Schwellenländer) gegenüber. Die Herausforderungen des Arbeitsmarktes müssen prioritär angegangen werden, um das Wachstum inklusiver zu gestalten.

2015 erreichte Fortschritte

- Obwohl beim Angehen einiger der wichtigsten Herausforderungen Fortschritte erzielt werden, hat sich das Nachlassen des Reformtempos, das 2013-14 beobachtet wurde, 2015 fortgesetzt, selbst wenn man Maßnahmen berücksichtigt, die geplant sind, aber noch nicht vollständig umgesetzt wurden.

- Das Reformtempo variiert zwischen Ländern und Maßnahmenregionen.
 - Es ist in den südeuropäischen Ländern weiterhin allgemein höher (insbesondere Italien und Spanien) als in den nordeuropäischen Ländern. Außerhalb Europas zählen zu den Ländern, in denen eine relativ hohe Anzahl von Maßnahmen im Zusammenhang mit Going for Growth-Empfehlungen ergriffen wurde, bei den Industrieländern Japan und bei den Schwellenländern China, Indien und Mexiko.
 - Es wurden verhältnismäßig mehr Maßnahmen ergriffen, um die Erwerbsquote bei Frauen zu erhöhen und die Bildungsergebnisse zu verbessern, während man in den Bereichen Innovationspolitik, Effizienz des öffentlichen Sektors oder Produkt- und Arbeitsmarktregulierung weniger Schritte beobachten kann.

- In Ländern, in denen die Einkommensungleichheit besonders problematisch ist, dürften die meisten Maßnahmen, die bezüglich politischer Prioritäten ergriffen wurden, eine gleichmäßigere Einkommensverteilung unterstützen. Doch die jüngsten Schritte, die zur Ankurbelung des Wachstums ergriffen wurden, werden den Ländern mit den höchsten Leistungsbilanzdefiziten wohl kaum helfen, ihre externen Ungleichgewichte abzubauen.

Reformen vor dem Hintergrund schwacher Nachfrage

Vor dem Hintergrund trüber weltweiter Konjunkturaussichten ist es sinnvoll, Reformen zu priorisieren, die nicht nur die Beschäftigung und die Produktivität fördern, sondern die Aktivität auch kurzfristig am besten unterstützen können.

- Neben der Steigerung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur gehören dazu die Verringerung der Eintrittsbarrieren in Dienstleistungssektoren mit überdurchschnittlicher Nachfrage, Reformen der Leistungsansprüche in den Bereichen Gesundheit und Rente, sowie Reformen der Wohnungspolitik und der Unterstützungsprogramme für Stellensuchende, um die geographische und die Erwerbsmobilität zu fördern.
- Die Erhöhung des kurzfristigen Nutzens von Strukturreformen erfordert auch, dass Funktionsstörungen der übrigen Finanzbranche angegangen werden, um die Kreditverfügbarkeit für Haushalte und Unternehmen mit eingeschränktem Zugang zu den Finanzmärkten zu verbessern.
- Im Euroraum könnte eine stärkere Synchronisierung der Reformen auch dazu beitragen, die Übergangskosten zu verringern, indem die Geldpolitik einen größeren Spielraum erhält, um den potenziellen Anstieg der realen Zinsen auszugleichen, der durch dauerhaft niedrige Inflation hervorgerufen wird.

- Länder mit sehr geringem budgetären Spielraum müssen möglicherweise gute kurzfristige Ergebnisse oder kostengünstige Maßnahmen vorziehen, um sicherzustellen, dass andere Schritte über Mittel finanziert werden, die für Arbeitsmarkt und Wachstum so schonend wie möglich sind.

BIP-Wachstum und Gesamteinkommen der Haushalte

- Das reale BIP tendierte in den meisten OECD-Ländern zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2013 dazu, schneller zu wachsen als das Haushaltseinkommen.
- Diese Wachstumslücke ist zum Teil Faktoren geschuldet, die wenig mit der Politik zu tun haben, insbesondere der Tatsache, dass die Verbraucherpreise (die MwSt. enthalten) im Vergleich zu den Produktionspreisen während dieses Zeitraums tendenziell gestiegen sind, mit Ausnahme der Rohstoffexporteure wie Norwegen, Australien und Kanada.
- Der Anteil des Haushaltseinkommens am BIP, der sich vereinfacht als den Anteil des nominalen verfügbaren Einkommens der Haushalte am nominalen BIP definiert lässt, war während dieses Zeitraums im Durchschnitt der OECD-Länder stabil. Diese durchschnittliche Stabilität maskiert die Heterogenität sowohl in der Höhe als auch in der Entwicklung zwischen den Ländern, wobei in Österreich und Korea ein starker Rückgang zu beobachten war, während es in der Slowakei und in Finnland einen deutlichen Anstieg gab.
- Die Entwicklungen des Anteils des Haushaltseinkommens am BIP lassen sich beurteilen, wenn man sich das Profil des Arbeits-, Kapital- und sekundären (d.h. staatliche Netto-Transfers) Einkommensanteils am BIP ansieht. Eine große Zahl von Ländern hat einen gleichzeitigen Rückgang des Arbeitsanteils am BIP und des Anteils am Kapitaleinkommen, der an Haushalte fließt, erfahren, was darauf hinweist, dass die Unternehmen einen höheren Gewinnanteil einbehalten, anstatt ihn an die Haushalte zu verteilen.
- Es gibt jedoch keine klaren Verbindungen zwischen den Veränderungen der Einkommensverteilung zwischen den Haushalten, den Unternehmen und dem Staat auf der einen Seite und der Zunahme der Einkommensungleichheit zwischen den Haushalten in vielen OECD-Ländern auf der anderen Seite.

© OECD

Diese Zusammenfassung ist keine offizielle OECD-Übersetzung.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)

2 rue André-Pascal, 75116

Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights



Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECD iLibrary!

© OECD (2016), *Economic Policy Reforms 2016: Going for Growth Interim Report*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/growth-2016-en